



NIEDERSACHSEN Vorwärts

MÄRZ/APRIL 2018 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

drei Landes- und drei Bundesparteitage in nur einem Jahr – das sind wirklich bewegte Zeiten für die SPD. In Niedersachsen sind wir dabei klar aufgestellt, das hat unser Landesparteitag in Bad Fallingbostal bewiesen.

Die niedersächsische SPD versteht sich als Volkspartei. Was heißt das? Dass wir überall im Land vertreten sind und alle Teile der Gesellschaft auch in der SPD anzutreffen sind. Aber noch mehr: Dass wir uns als Teil der Gesellschaft in Niedersachsen verstehen, dass die Themen der Bürgerinnen und Bürger unsere Themen sind.

Und noch etwas ist mir ganz wichtig: In Niedersachsen wollen wir als SPD nicht nach innen schauen, sondern nach vorne und zwar im ständigen Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern. Darum werde ich mich auch ganz persönlich bemühen.

Es gibt kein Naturgesetz, dass die SPD Wahlen verlieren muss. In Niedersachsen haben wir das Gegenteil bewiesen. So wollen wir auch weitermachen!

Herzliche Grüße
Euer

Stephan Weil
Landesvorsitzender

STEPHAN WEIL MIT 94,1% WIEDERGEWÄHLT

Mit 192 von 204 Stimmen haben die Delegierten des Landesparteitags in Bad Fallingbostal Stephan Weil erneut zum Landesvorsitzenden gewählt. Neuer Generalsekretär der niedersächsischen SPD ist der Landtagsabgeordnete Dr. Alexander Saipa aus Goslar.

»Lasst uns das nie vergessen«, rief Stephan Weil den Delegierten des Landesparteitags in seiner Rede zu, »die SPD ist kein Selbstzweck, auch nicht in Niedersachsen.« »Wir sind Teil der Gesellschaft in Niedersachsen. Wir treten an, um mit vielen anderen Menschen in unserer Gesellschaft gemeinsam für die Weiterentwicklung unseres Landes und für spürbare Verbesserungen im Leben ganz vieler Menschen zu sorgen.« In Anlehnung an den Slogan des Landtagswahl-



Alexander Saipa stellt sich den Delegierten vor.

Foto: Etienne Lehnen

kampfes betonte Stephan Weil, die SPD Niedersachsen sei »sturmfest und stark und erdverwachsen«. Jetzt gelte es, die Rolle der SPD als »die Niedersachsen-Partei« zu festigen. 192 von 204 Delegierten stimmten anschließend für den Landesvorsitzenden Stephan Weil.



Ministerpräsident Stephan Weil begrüßt Andrea Nahles beim Landesparteitag. Foto: Etienne Lehnen

Neuer Generalsekretär: Alexander Saipa

Nachdem der amtierende Generalsekretär Detlef Tanke angekündigt hatte, sich nach seinem Verzicht auf eine Landtagskandidatur vollständig aus der Landespolitik zurückziehen zu wollen, hatte der Landesvorstand einstimmig den Landtagsabgeordneten Dr. Alexander Saipa aus Goslar als Nachfolger vorgeschlagen. In seiner Vorstellungsrede kündigte Saipa an, als Generalsekretär werde er »mit wachen Augen darauf achten, dass sich unsere SPD besonders in den Jahren der GroKo in Niedersachsen und im Bund klar abgrenzt und unterscheidbar ist«. Ein reines Wadenbeißerimage sei aber nicht mehr zeitgemäß. Vielmehr wolle er sich auch dafür einsetzen, dass die Partei digitaler werde und sich insbesondere mehr junge Frauen in der Politik engagieren.

Die stellvertretenden Vorsitzenden

Die Delegierten wählten Petra Emmerich-Kopatsch (73,9%), Olaf Lies (94,1%), Johanne Modder (95,1%), Petra Tiemann (78,8%) und Ulrich Watermann (64%) als stellvertretende Landesvorsitzende. Für den Lan-

desvorstand nicht erneut kandidiert hatte die bisherige stellvertretende Landesvorsitzende Daniela Behrens. Als Schatzmeisterin des niedersächsischen Landesverbandes wurde die Landtagsabgeordnete Hanna Naber im Amt bestätigt.

Zu Gast in Niedersachsen: Andrea Nahles

Auf Einladung des Landesvorstandes war auch die Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Andrea Nahles, nach Bad Fallingbostal gekommen. Nahles lobte die Niedersachsen-SPD ausdrücklich: Nach der Bundestagswahl habe die niedersächsische SPD klargestellt, dass die Sozialdemokratie bei Wahlen noch siegen könne: »Ihr habt die gesamte Partei wieder aufgerichtet.«

Als Vorsitzender des gastgebenden Unterbezirks der SPD im Heidekreis begrüßte neben der Bezirksvorsitzenden Petra Tiemann auch SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil die Delegierten vor Ort und bedankte sich bei den anwesenden Mitgliedern der Landesregierung für die starke Präsenz in der Region. »Es tut gut zu wissen, dass es eine Landesregierung gibt, die so nah bei den Menschen ist«, so Klingbeil. ■



Tiamo Wölken MdB

KAMPF GEGEN PLASTIKMÜLL

Vor dem Europaparlament macht zur Zeit das »Ocean Plastics Lab« halt. Dort kann man die weitreichenden Auswirkungen besichtigen, die Plastik in den Weltmeeren hat. Von ganzen Tretbooten bis zum Nanoplastik-Partikel landet so ziemlich alles in unseren Ozeanen und verteilt sich dort. Das, was man an der Oberfläche sehen kann, macht nur etwa ein Prozent dessen aus, was im Wasser und vor allem am Meeresgrund landet.

Wir müssen schnell handeln, um dieses Problem zu beseitigen. Die EU hat hier eine wichtige Rolle: Anforderungen an Produkte müssen europaweit geregelt werden, schließlich werden Produkte europaweit verkauft. Beschlossen ist bereits, dass bis zum Jahr 2025 50 Prozent des Plastikmülls wiederverwertet oder recycelt werden müssen.



Die neue Strategie gegen Plastikmüll der Europäischen Kommission vom Januar enthält zudem weitere gute Maßnahmen:

- Mikroplastik in Kosmetik-Produkten und sogenanntes Oxoplastik (»Bio«-Plastik, das sich in der Natur nicht organisch zersetzt) sollen verboten werden.
- Bis 2030 sollen alle Plastikverpackungen wiederverwertbar sein und dürfen

ten damit auch nicht mehr auf Müllkippen entsorgt werden.

- Die Richtlinie zu Hafenauffangeinrichtungen wird überarbeitet: Eine Mischung aus Anreizen und verbindlichen Maßnahmen soll sicherzustellen, dass mehr Müll von See in den Häfen entsorgt wird. Das betrifft auch Fischereiausrüstung, die besonders häufig im Meer landet.

Wir müssen aber noch mehr machen und sollten auch kreativ denken. Warum sollte es zum Beispiel nicht möglich sein, Fischer dafür zu bezahlen, Plastikmüll abzuliefern, den sie als Beifang einsammeln? Oder, zum Stichwort Mikroplastik: Große Mengen entstehen beim Waschen synthetischer Kleidung in der Waschmaschinen. Das ließe sich durch Filter in den Waschmaschinen in dem Griff kriegen. ■

DER NEUE LANDESVORSTAND

LANDESVORSITZENDER
Stephan Weil

STELLVERTRETENDE LANDESVORSITZENDE

Petra Emmerich-Kopatsch
Ulrich Watermann
Petra Tiemann
Olaf Lies
Johanne Modder

GENERALSEKRETÄR

Alexander Saipa

SCHATZMEISTERIN

Hanna Naber

BEISITZER_INNEN

Carola Reimann
Nilgün Sanli
Yasmin Fahimi
Frauke Heiligenstadt
Knud Hendricks
Hauke Jagau
Dirk-Ulrich Mende
Michael Rüter
Astrid Schlegel
Katja Schoner
Andrea Schröder-Ehlers
Christina Jantz-Herrmann
Dörte Liebethuth
Andrea Kötter
Sebastian Kunde
Siemtje Möller
Gerd-Ludwig Will
Jakob Blankenburg
Amanda Selbig

70. GEBURTSTAG: DREI FRAGEN AN WOLFGANG JÜTTNER

Mit einem Themenabend zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hat der SPD-Bezirk Hannover den 70. Geburtstag seines Ehrenvorsitzenden Wolfgang Jüttner gefeiert. Ministerpräsident Stephan Weil, Oberbürgermeister Stefan Schostok, NDR-Intendant Lutz Marmor sowie rund 160 weitere Gäste aus Politik, Medien und Kultur gratulierten dem Sozialdemokraten. Wir haben ihm drei Fragen zur aktuellen Debatte um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gestellt.

vorwärts: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht in der Kritik. Private Medien kritisieren einen Wettbewerbsnachteil gerade im Online-Bereich, Rechte und Rechtsradikale säen Zweifel an seiner Unabhängigkeit und verunglimpfen die Sender als »Staatsfunk«. Sind diese Vorwürfe berechtigt?

Wolfgang Jüttner: Nein! Die öffentlich-rechtlichen Medien sind die überzeugende Antwort auf die Rolle des Staatsfunks im Faschismus – sie sind politisch, aber staatsfern, werden von der Zivilgesellschaft kontrolliert, sind durch Staatsverträge auf Unabhängigkeit und Qualitätsjournalismus verpflichtet. Natürlich machen sie Fehler, müssen sich der Kritik stellen, ihre Legitimation durch gute Arbeit unter Beweis stellen.

Mit dem Einzug der AfD in Landesparlamente hat die Partei, die den Vorwurf der »Lügenpresse« streut, teilweise Anspruch auf eine Vertretung in den Rundfunkräten. Wie sollten Poli-



Foto: SPD-Bezirk Hannover

ker, Parteien und die Sender mit der neuen Situation umgehen, wie auf die Vorwürfe reagieren?

Unaufgeregt! Das Kommunikationskonzept der AfD besteht darin, sich in der Opferrolle zu gefallen; diesen Gefallen sollte man ihr nicht tun. Ihre Repräsentanten sind durch demokratische Wahlen legitimiert. Sie müssen in der Sache entzaubert werden.

Vor welchen Herausforderungen steht der öffentlich-rechtliche Rundfunk heute außerdem?

Sein Internetauftritt muss ausgebaut werden – Konkurrenten sind doch nicht die deutschen Verlage, sondern die internationalen Medienkonzerne, die ja nicht nur Plattform sind, sondern immer mehr Programmanbieter werden. Daneben gilt es, die Programme für Jüngere attraktiver zu gestalten, die hohe Qualität in der poli-

tischen Berichterstattung zu sichern, die Defizite im Unterhaltungsgenre zu überwinden, sich von ökonomischen Belangen einzelner Sportverbände nicht instrumentalisieren zu lassen, kurzum: den überzeugenden Nachweis zu führen, dass der monatliche Rundfunkbeitrag von 17,50 Euro mehr als gerechtfertigt ist. Ein Blick auf die Medienlandschaft vieler anderer Länder relativiert die mitunter skurrile Kritik an unserem öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Wolfgang Jüttner war von 2005 bis 2010 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag und von 2005 bis 2011 Mitglied des Parteivorstands der SPD. Seit Anfang 2012 ist Wolfgang Jüttner Mitglied im Rundfunkrat des NDR und Vorsitzender des Landesrundfunkrates Niedersachsen. ■

Impressum

Herausgeber: SPD Niedersachsen
V.i.S.d.P.: Remmer Hein
Redaktion: Remmer Hein,
Axel Rienhoff
Anschrift: Odeonstraße 15/16,
30159 Hannover
E-Mail: vorwaerts@spdnnds.de
Layout & Satz: Anette Gilke,
mail@AnetteGilke.de

EDITORIAL

»EINE RIESENENTLASTUNG FÜR FAMILIEN«

INTERVIEW mit dem Sprecher für frühkindliche Bildung, Uwe Santjer, zum neuen Kita-Gesetz

Von Oliver Grimm



LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

nach der Verabschiedung des Nachtrags Haushaltes für das laufende Jahr im März, haben wir in der Plenarwoche im April einen weiteren Meilenstein der Legislaturperiode ins Parlament eingebracht: Mit dem neuen Kita-Gesetz schaffen wir die Grundlage für die Gebührenfreiheit an den niedersächsischen Kindergärten ab dem 1. August 2018 und damit eine große Entlastung für die Familien in unserem Land! Gleichzeitig erhalten die Kommunen einen fairen Ausgleich für die wegfallenden Elternbeiträge.

Obwohl es sicher nicht unsere Wunschkoalition war, funktioniert die Zusammenarbeit mit der CDU gut und wir können auf das bisher Erreichte stolz sein. Gemeinsam mit unserem Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden Stephan Weil sowie den SPD-Ministerinnen und Ministern werden wir in den kommenden Wochen und Monaten hart arbeiten und den Menschen in Niedersachsen zeigen, dass die SPD ihre Sorgen und Nöte ernst nimmt und an den Lösungen arbeitet. Wir sind die Niedersachsen-Partei und wir werden alles dafür tun, damit die Bürgerinnen und Bürger uns auch in Zukunft ihr Vertrauen aussprechen.

Johanne Modder

Johanne Modder
 Vorsitzende der SPD-Fraktion im
 Niedersächsischen Landtag

Thema im Landtag: Uwe, der Niedersächsische Landtag hat im April-Plenum über ein neues Kita-Gesetz für Niedersachsen beraten. Was soll sich ändern?

Uwe Santjer: Mit dem neuen Kita-Gesetz haben wir einen Meilenstein dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht. Die wichtigste Nachricht ist dabei die Gebührenfreiheit an den niedersächsischen Kindergärten ab dem 1. August 2018.

TiL: Inwiefern ist das ein Meilenstein?

Santjer: Wir haben in den letzten Jahren und auch während des Landtagswahlkampfes immer wieder ganz deutlich gesagt, dass der Zugang zu Bildung in Niedersachsen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein darf und deshalb mittelfristig für alle kostenfrei sein muss. Bereits in der letzten Legislaturperiode haben wir gemeinsam mit den Grünen einen ersten Schritt auf diesem Weg gemacht und die Studiengebühren abgeschafft – nun folgen die Kindergartengebühren.

TiL: Wer profitiert von der Neuregelung?

Santjer: Jede Familie in Niedersachsen, die bisher Gebühren für den Kindergartenplatz ihrer Kinder zahlen musste, wird von der Neuregelung profitieren. Das ist eine Riesenentlastung für diese Familien – da geht es zum Teil um mehrere hundert Euro im Monat. Wenn man das ins Verhältnis beispielsweise zu Kindergeldhöhungen von 10 Euro pro Monat oder anderen Maßnahmen setzt, wird deutlich, was für eine Leistung wir an dieser Stelle erbringen.

TiL: Und was wird das kosten?

Santjer: Die finanziellen Auswir-



Uwe Santjer, Sprecher für frühkindliche Bildung der SPD-Landtagsfraktion

kungen auf den Landeshaushalt sind nicht gerade gering: Wir haben mit dem Nachtragshaushalt 2018 für das laufende Jahr rund 108 Millionen Euro für die Beitragsfreiheit bereitgestellt. Ab dem nächsten Jahr werden die Kosten nach den bisherigen Berechnungen auf über

nicht mal so eben aus dem Ärmel. Wir sind allerdings fest davon überzeugt, dass dieses Geld in die Bildung unserer Kinder bestens angelegt ist.

TiL: Es gibt in dieser Frage eine schwierige Debatte mit den Kommunen – was ist der Hintergrund?

Santjer: Die Kolleginnen und Kollegen auf der kommunalen Ebene haben die Sorge, dass wir in Hannover die Elternbeiträge für die Kindergärten abschaffen und sie am Ende diejenigen sind, die auf den Kosten sitzenbleiben. Diese Angst ist unbegründet, aber angesichts der Finanzlage einiger Kommunen nur verständlich. Wir haben jedoch gemeinsam mit unserem Kultusminister Grant Hendrik Tonne immer wieder darauf hingewiesen, dass die Kommunen einen fairen Aus-



300 Millionen Euro ansteigen und auch in Zukunft weiter aufwachsen. Diese Zahlen machen deutlich: Die Beitragsfreiheit ist eines der zentralen politischen Projekte dieser Wahlperiode, wir schütteln das

gleich für die wegfallenden Elternbeiträge erhalten werden und zu diesem Wort stehen wir.

TiL: Wie kann ein solcher Ausgleich aussehen?

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Santjer: Der bisherige Verhandlungsstand sieht vor, dass sich das Land in einem viel höheren Maße als bisher an den Personalkosten der Kommunen für die Kinderbetreuung beteiligen wird. Dieser Beitrag soll in den nächsten Jahren schrittweise immer weiter angehoben werden, sodass die allermeisten Kommunen angemessen entschädigt werden. Für besonders hilfsbedürftige Kommunen soll es zudem eine Härtefallregelung geben. In dieser und ande-

ren Fragen wird es weitere Verhandlungen zwischen dem Kultusministerium und den kommunalen Spitzenverbänden geben. Ich bin allerdings mehr als zuversichtlich, dass wir am Ende zu einer Vereinbarung kommen, mit der alle Beteiligten gut leben können.

TiL: Wie sieht es abseits der Gebührenfreiheit mit Investitionen in die Qualität der Kinderbetreuung aus?

Santjer: Die Gebührenfreiheit darf und wird nicht der letzte Schritt auf unserem Weg bleiben, das ist uns sehr bewusst. Wir wollen in den kommenden Jahren dafür sorgen, dass sich der Betreuungsschlüssel – das heißt die Relation von Kindern zu Erzieherinnen und Erziehern in einer Gruppe – noch weiter verbessert. Wir werden in diesem Bereich weiter investieren und noch mehr Fachkräfte als bisher gewinnen müssen. Wir wollen, dass alle Kinder in Niedersachsen die bestmögliche Bildung und damit die größtmöglichen Chancen für ihren Lebensweg erhalten – dafür werden wir weiter kämpfen. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Fraktion im Nds. Landtag

Verantwortlich: René Kopka,
Stellv. Geschäftsführer der SPD-Fraktion
Niedersachsen

Mitarbeiter an dieser Ausgabe:

Leif Matthies, Oliver Grimm

Redaktionsschluss: 19. April 2018

Redaktion: Oliver Grimm,
oliver.grimm@lt.niedersachsen.de

Anschrift: Hannah-Arendt-Platz 1,

30159 Hannover,

www.spd-fraktion-niedersachsen.de

Layout & Satz: Anette Gilke,

mail@AnetteGilke.de

»NEUAUSRICHTUNG DER AGRARPOLITIK«



Auf der Konferenz der agrarpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktionen und der SPD-Bundestagsfraktionen, die am 12. und 13. April in Hannover stattfand, haben die SPD-Landwirtschaftspolitiker eine Neuausrichtung in der deutschen Agrarpolitik gefordert. Die Ergebnisse der Konferenz wurden in der »Hannoverschen Erklärung« festgehalten, die klare politische Forderungen unter anderem in den Bereichen Agrarförderung, Digitalisierung sowie Umwelt- und Tierschutz enthält. Karin Logemann, Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion und Gastgeberin der Veranstaltung im Niedersächsischen Landtag, erklärte dazu: »Wir haben es in diesen zwei Tagen geschafft, die mitunter unterschiedlichen Interessen der Bundesländer zusammenzubringen. Dafür möchte ich mich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern ganz herzlich bedanken.« ■